

Eidg. Abstimmungen | Befürworter des revidierten Jagdgesetzes gehen mit Argumenten des Nein-Lagers hart ins Gericht

«Eine der grössten Lügen, die mir je zu Ohren gekommen sind»



Werben für ein Ja zum Jagdgesetz. David Guntern, Gerhard Kiechler, Pia Eggel, Klaus Walpen, Daniel Kalbermatter, Romy Biner-Hauser, Beat Rieder, Georges Schnydrig, Daniel Steiner, Fabian Schwery, Beat Imhof, Philipp Matthias Bregy und Franz Ruppen (von hinten links, im Uhrzeigersinn). Foto pomona.media

Oberwallis | Gut einen Monat vor dem eidgenössischen Urnengang nehmen die Abstimmungskampagnen Fahrt auf. Zimmerlich geht man dabei nicht gerade vor: Die Gegnerschaft verbreite Lügen, sagen die Befürworter des revidierten Jagdgesetzes.

Ein Ständerat, zwei Nationalräte, die Jäger, die Landwirte und Nutztierzüchter, verschiedene Gemeindepräsidenten, natürlich auch der Verein Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere: Sie alle luden gestern ins Visper Landwirtschaftszentrum, um dort noch einmal darzulegen, weshalb das revidierte Jagdgesetz fürs Wallis – und letztendlich für die ganze Schweiz – so wichtig sei.

Wolfspopulation wächst rasch

Rund 80 Wölfe leben mittlerweile in der Schweiz. Eine Zahl, die sich alle zwei bis drei Jahre verdoppelt, «mit entsprechend grösser werdenden Problemen», wie Ständerat Beat Rieder (CVP) warnte. Angesichts dieses exponentiellen Wachstums müsse man jetzt die Chance nutzen, das Problem einzudämmen. «In zwei, drei Jahren wäre es bereits schwierig.»

Dann nämlich werde sich der Wolf bis in die Nähe der städtischen Agglomerationen ausgebreitet haben, ergänzte Nationalrat und Parteikollege Philipp Matthias Bregy. «Ohne Bestandesregulierung wird der Wolf bald in der ganzen Schweiz für Probleme sorgen – und nicht nur in der ländlichen Bevölkerung.» Für Bregy stellt die Abstimmung daher keinen klassischen Stadt-Land-Konflikt dar.

Was ist denn nun wirklich umweltfreundlich?

Ein Konflikt ist jedoch um die Deutungshoheit entbrannt. Befürworter wie auch Gegner argumentieren, dass nur «ihre» Parole die wirklich umweltfreundliche sei. Dass das Pro-Lager mit grünen Abstimmungsplakaten um die Gunst der Wählerschaft wirbt, ist daher mit Sicherheit kein Zufall.

Der Zankapfel: Während die Befürworter argumentieren, das revidierte Jagdgesetz stärke den Artenschutz, behaupten die Gegner das genaue Gegenteil. «Eine der grössten politischen Lügen, die mir je zu Ohren gekommen sind», enervierte sich deshalb Ständerat Rieder. Für ihn sei klar, dass Fauna und Flora nach einer Annahme besser geschützt seien – mit Ausnahme eben des Wolfs.

«Ist es wirklich das, was die Tierschützer wollen?»

Daniel Kalbermatter, Präsident Walliser Jägerverband

Tatsächlich kann das Pro-Lager darauf verweisen, dass mit einem Ja rund ein Dutzend Wildarten neu geschützt, also nicht mehr jagdbar wäre. Mehr noch: Wie Nationalrat Franz Ruppen (SVP) darlegte, könnte der Bundesrat nach einer Annahme der Vorlage zwar geschützte Tierarten als regulierbar bezeichnen. Davon wolle er jedoch absehen – ausdrücklich abgelehnt wurde insbesondere die Regulierung von Biber und Luchs. Vor allem aber könnte der Bundesrat im Gegensatz zu heute auch keine Tiere mehr zu jagdbaren Arten erklären – neu läge diese Kompetenz beim Parlament. «Das revidierte Jagdgesetz stärkt den Natur- und Tierschutz deshalb massgeblich», ist Ruppen überzeugt.

Kein «Abschussgesetz»

Anders als von den Gegnern dargestellt, handle es sich bei der Vorlage um alles andere als um ein «Abschussgesetz». Die Wolfspopulation müsse erhalten bleiben, das Verbandsbeschwerderecht gelte weiterhin, rief Ruppen in Erinnerung. Und Rieder ergänzte: Die Vorlage sei eine vernünftige Regelung, welche die Existenz des Wolfs nicht gefährde. Es gehe lediglich darum, «ein Gleichgewicht zwischen Natur und Nutzung der Natur» zu erhalten.

Dass dies Wolfsabschüsse auch in Wildtierschutzgebieten (heutige Jagdbanngebiete) beinhaltet, wie Kritiker bemängeln, sieht das Pro-Komitee nicht als Problem. Anders, so Nationalrat Ruppen, sei eine effektive Bestandesregulierung überhaupt nicht möglich – zumal die Schutzgebiete allein im Wallis mehr als zehn Prozent der Kantonsfläche ausmachen würden.

Mehr Kompetenz für die Kantone

Sowieso haben die Befürworter des revidierten Jagdgesetzes mit dem Argumentarium der Gegner ihre liebe Mühe. Die Vorlage sei ja nicht nur ein Wolfsregulierungsgesetz, sondern sehe beispielsweise auch den Schutz von 300 Wildtierkorridoren vor und regle die Finanzierung von Artenschutz und Wildtierreservaten. Alles Punkte, welche Umweltorganisationen eigentlich seit Jahren fordern – nur um das Gesetz nun abzulehnen, so der Tenor im Pro-Lager.

Ein weiterer Aspekt, den das Oberwalliser Ja-Komitee gestern herausstrich, war die Stärkung des Föderalismus. Schliesslich seien es die Gemeinden und Kantone, die am stärksten von der Wolfspräsenz betroffen seien, legte Nationalrat Bregy dar. Komme das Gesetz durch, liege die Kompetenz zur Bestandesregulierung nicht mehr in Bundesbern, sondern bei den direkt betroffenen Kantonen. «Also dort, wo man die jeweiligen Gegebenheiten am besten kennt.»

Schafzüchter warnen vor vergandeten Alpen

Währenddessen waren es nicht allein Politiker, welche sich gestern für das revidierte Jagdgesetz starkmachten. Aus Sicht der Nutztierhalter sprach etwa Daniel Steiner, Präsident der Oberwalliser Schwarznasenzüchter. Das gegnerische Lager betone oft, dass in den Schweizer Alpen jährlich Tausende Schafe durch Steinschlag, Blitzeinschlag oder Krankheiten verenden würden. Ein paar Hundert Tiere, die vom Wolf gerissen werden, seien deshalb nicht gerade das drängendste Problem.

Eine Sichtweise, der Steiner vehement widerspricht. Tatsächlich kämen aufgrund der oben genannten Gründe jährlich etwa zwei Prozent der gealpten Tiere ums Leben. Zahlreiche Schafe gingen aber auch auf das Konto des Wolfs, ohne dass sie Bissspuren aufweisen würden: jene nämlich, die auf der Flucht vor dem Raubtier zu Tode stürzen würden.

Alle Tiere effizient zu schützen, sei derweil sowieso unmöglich: Gemäss Steiner sind weniger als 15 Prozent der Walliser Alpen schützbar. Der Schafzüchter warnt deshalb vor den Folgen, die eine ungehinderte Ausbreitung des Wolfs mit sich bringen würden: «Die meisten Alpen müssten aufgegeben und der Vergandung überlassen werden – mit entsprechenden Folgen für unseren Tourismus.»

Akzeptanz für den Wolf nimmt bei einem Nein ab

Seitens der Jägerschaft war es Daniel Kalbermatter, der sich für das revidierte Jagdgesetz aussprach. Als Jäger habe er jedes Interesse an einer möglichst grossen Artenvielfalt. Eine Population, welche sich in einem kleinen Land derart exponentiell vermehre, wie der Wolf es tue, müsse aber reguliert werden – man sei schliesslich nicht in der Tundra oder im Yellowstone-Nationalpark, so der Präsident des Walliser Jägerverbands. «Bei einem Nein wird es zu immer mehr Konflikten kommen, und die Akzeptanz der Bevölkerung für den Wolf nimmt ab. Ist es wirklich das, was die Tierschützer wollen?»